

Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Sorau-Niederlausitz

(Sorauer Wochenblatt)

Fernsprecher Nummer 22 und 37.

Postfach-Nr. 217
Nr. 954 Berlin NW. 7

Allgemeines Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Telegr.-Konto
bei der Reichsbank

Ercheinungswelle (freiwillig): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis für 28/11—2/12 1923: In Sorau in den Ausgabeblättern 50 Goldpfennig, ins Haus gebracht 5 Goldpfennig mehr, auf dem Lande in den Ausgabeblättern der nahe Sorau gelegenen Ortlichkeiten 50 Goldpfennig, der weiter gelegenen 55 Goldpfennig, ins Haus gebracht 5 Goldpfennig mehr, durch die Post bezogen monatlich: frei- stehend. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeits-einstellung oder Aus- sperrung hat der Bezüher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 9spaltige Anzeigenseite für Stadt und Kreis Sorau je Milli- meterhöhe 3 Goldpfennig, auswärtige Anzeigen je Millimeterhöhe 5 Goldpfennig. Im Restmetriell die 4spaltige Anzeigenseite je Millimeterhöhe 7,5 Goldpfennig, auswärts 12,5 Goldpfennig. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. Rabatt nach festem Tarif, nur gültig bei sofortiger Barzahlung; bei späterer Zahlung, bei Konturufen und bei Erhebung durch Nachnahme erfolgt jeder Anspruch auf denbeiben.

Nummer 281.

Sonnabend, den 1. Dezember 1923

113. Jahrgang

Abgeordneter Marx bildet das Kabinett.

Ein neues Bild im Kaleidoskop der Hilf- loigkeit, an dem der bankrotte Parlamentarismus nun schon eine Woche lang herumdröhnt: Die Koalition Marx. Der Abgeordnete Stegerwald hat dem Reichspräsidenten am Donnerstag vormittag mitgeteilt, daß er die Regierungsbildung ablehne. Für den Bürger- blatt, der die Grundlage der Regierungsbildung unter Stegerwald bilden sollte, war zwar allgemein Stimmung vorhanden, die Sache schiederte aber schließlich an den Demokraten und dem linken Flügel des Zentrums, die dem begrifflichen Wunsch der Deutschnationalen — der auch der Wunsch der überwiegenden Mehr- heit im Lande ist — nun auch ganze Arbeit zu machen und auch in Preußen eine bürgerliche Regierung sicherzustellen.

Alles in allem, Blankfoligkeit und Kalkula- tion in innigem Verein mit parteipolitischen Verbotsfrist im Dauerzustand! Wie unglaub- lich verfahren die ganze Situation ist, das er- örtern die beiden (weiter unten wieder- gegebenen) Dokumente, die Reichspräsident Ebert erhalten hat, das Schreiben des Reichs- finanzministers Dr. Luther und der Brief der Deutschnationalen. Sie bezeichnen scharf den ungeheuren Ernst der Lage und sind gleichzeitig eine Warnung und Ermahnung. Wird diese Warnung jetzt endlich gehört werden?

Am Laufe des Donnerstags-Nachmittags blieb die Lösung der Regierungskrise noch immer eine Frage. Die deutschnationale Frak- tion des Reichstages erklärte, daß sie nach Ablehnung ihres Verlangens, die große Koali- tion in Preußen entsprechend zu ändern, keine Möglichkeit mehr habe, sich an einem Kabinett Stegerwald zu betei- ligen, denn eine wirklich nationale Politik im Reich erscheine undurchführbar, wenn die sozialdemokratische Partei in der Regierung vertreten sei. Daraus war das Kabinett Stegerwald als erledigt zu betrachten. Herr Stegerwald hat dem auch dem Reichs- präsidenten endgültig seinen Verzicht mit- geteilt. Die Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteien ließen nunmehr fortgesetzt werden. Im Vordergrund stand die Vermittlung des Zentrumsvorsitzenden Marx, auf der Grundlage der sogenannten Kleinen Koali- tion (Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demok- raten) ein neues Kabinett zu bilden, und zwar unter Führung des Zentrums. Voraus- setzung für dieses Kabinett, das allein über seine Mehrheit im Reichstag verfügt, wäre, daß die sozialdemokratische Fraktion sich in wohlwollender Neutralität verhält. Bestimmte Aussagen hierüber sind von den Sozialdemo- kraten noch nicht zu erhalten, da deren Frak- tionsleitung die Mitgliedschaft der Fraktion, die zum größten Teil auswärts weilen, erst am Freitag nachmittag telegraphisch zu einer Frak- tionslösung gerufen hat. Herr Marx begab sich im Laufe des Nachmittags zur Besprechung der Lage zum Reichspräsidenten. Der „Vor- wärts“ schreibt in seiner Abendnummer vom Donnerstag, daß nach dem Scheitern des Ka- binetts Stegerwald nur die Bildung einer Regierung übrig bleibe, die von der Sozial- demokratie unterstützt oder gebildet werde. Ob die Sozialdemokratie an der Regierung direkt beteiligt sein solle oder nicht, sei eine Frage zweiter Ordnung.

Schließlich hat der Vorsitzende des Zentrums Dr. Marx sich bereit erklärt, die Kabi- nettsbildung zu übernehmen. Amt- lich wird am Donnerstag abend mitgeteilt, daß der Reichspräsident den Reichstagsabgeord- neten Senatspräsidenten Dr. Marx

mit der Kabinettbildung beauftragt

habe. Abg. Marx hofft, dem Reichspräsi- denten noch im Laufe des heutigen Tages seinen Vorschlag zur Bildung einer Regierung unterbreiten zu können.

Den Blättern zufolge bemühte sich Marx bis in die Nachtstunden um die Bildung des Reichskabinetts. Er war dabei von dem Ge- danken ausgegangen, eine Regierung zu bilden,

die sich in der Hauptsache auf die Parteien der Mitte stützt ohne eine eigentliche Koalitions- regierung zu sein, und die nicht ohne Ver- bindung nach rechts und links ist. Im eine Brücke zu den Deutschnationalen zu schlagen, hat sich Marx an den deutschnationalen Abge- ordneten Schiele gewandt, um ihn zur Über- nahme des Ernährungsministeriums zu be- wegen. Schiele wird erst seine Antwort von der Entscheidung des Reichslandbundes ab- hängig machen. Ueber die weitere Besetzung des Kabinetts bestehen bis zur Stunde im wesentlichen nur Vermutungen. Die Mehr- zahl der Blätter führt folgende voraussicht- liche Ministerliste an: Reichsanwalt Marx, Zentrum, Wiesenthaler Dr. Jarres, Deutsche Volkspartei, Inneres Dr. Stresemann, Deutsche Volkspartei, Inneres Dr. Hamm (?), Demokrat, Finanzen der bisherige Finanz- minister Dr. Luther (?), Deutsche Volkspartei, Post und Telegraphie Dr. Hoffe, Gen- trum, Justiz Dr. Gumbinger, Bayerische Volkspartei, Arbeit der bisherige Reichsarbeits- minister Dr. Brauns, Zentrum, Reichswehr der bisherige Reichswehrminister Dr. Gehler, Demokrat, Ernährung Dr. Schiele (?), Deutschnational. Die Verhandlungen über die Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums und des Verkehrsministeriums waren in späteren Abendstunden noch nicht abgeschlossen.

Sollte die Entwidlung den hier gemein- schaftlichen Weg gehen — und die Vermutung liegt nahe, daß es so ist, — so würde es sich wieder um eine „Mittelwegung“ handeln; die eigentlichen Entscheidung schwachlich aus- weicht.

Vielleicht wäre es natürlich, wenn man endlich den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen wollte und die Deutschnationalen mit der Kabinettbildung betraute, noch dazu, wo diese sich am Donnerstag nachmittag dem Reichsanwalt ausdrücklich zur Verfügung ge- stellt haben. Einer Führung der Regierung durch die Deutschnationalen aber weicht der Reichspräsident aus leicht durchsichtigen Grün- den mit Mänglichkeit aus.

Die Stellung der Sozialdemokratie zu der neuen Reichsregierung macht der „Vorwärts“ abhängig von der Zusammenlegung und der Auflösung des Kabinetts, erklärt aber, es sei der Regierung Marx zu wünschen, daß es ihr gelingen möge, die Geschäfte des Reiches so- lange zu führen, bis die Durchführung freier Reichstagswahlen im ganzen Reiche möglich ist. In der sozialdemokratischen Partei bestehe keine Neigung, mit dem alten Reichstag ohne zwingende Not neue Krisenexperimente zu machen.

Die Deutschnationalen an den Reichspräsidenten.

Die deutschnationale Reichstags- fraktion hat an den Reichspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichspräsident! Nach dem Austritt des Kabinetts Stresemann hätte es der parlamentarische Brauch erfordert, daß eine der Oppositionsparteien mit der Kabinettbildung be- traut worden wäre. Das ist nicht geschehen. Vielmehr haben Sie, Herr Reichspräsident, auf die verschiedenste Weise Versuche zur Neu- bildung einer Reichsregierung unternommen, die gescheitert sind. Inzwischen haben sich so- wohl die außenpolitische Lage des Reiches wie auch die seelische und wirtschaftliche Not des deutschen Volkes so verstärkt, daß eine Weiterhinauschiebung der Ka- binettneubildung nicht verant- wortet werden kann. Das deutsche Volk in seiner überwogenen Mehrheit erwartet Wen- dung von der bisherigen Regierungsmethode und eine Neuorientierung nach rechts. Wenn der Reichstag in seiner über- altesten Zusammenkunft nicht fähig ist, dieser Stimmung des Volkes Ausdruck zu geben, so müssen Sie, Herr Reichspräsident, die Ent- scheidung des Volkes anrufen und der neu zu bildenden Regierung die Ermäch- tigung zur Auflösung des Reichstages ertei- len. Unter solchen Voraussetzungen hel- len wir uns zur Regierungsbildung zur Verfügung.“

Eberts Antwort.

Der Reichspräsident hat auf den an ihn gerichteten Brief der deutschnationalen Reichstagsfraktion dem Führer der Fraktion, Ezzelen, folgendes Ant- wortschreiben übermittelt:

Sehr geehrte Excellenz!

In Erwiderung Ihres heutiges Schreibens muß ich zunächst darauf aufmerksam machen, daß die Reichsverfassung die Berufung des Mannes, der die Reichsregierung bilden und leiten soll, meiner freien Entscheidung über- läßt. In Ausübung dieses mir verfassungs- mäßig zustehenden Rechtes habe ich bisher mit der Bildung einer neuen Regierung stets eine Persönlichkeit betraut, deren politische Stellung die meiste Aus- sicht auf eine schnelle Zusammen- stellung eines arbeitsfähigen Ka- binetts zu bieten schien; diesen Weg bin ich auch in der gegenwärtigen Krise ge- gangen. Wenn ich davon abgesehen habe, eine der beiden Oppositionsparteien mit der Neubildung der Regierung zu betrauen, so geschah das, weil ich durch meine vertrauliche Aussprache mit den Führern der Reichstags- fraktion am Abend des 23. d. M. zu der Überzeugung gekommen bin, daß für keine der beiden Oppositionsparteien die Möglichkeit der Bildung einer Regierung auf verfassungs- mäßiger Grundlage vorhanden war. Außerdem hatte ich aus der Be- sprechung mit Eurer Excellenz am Freitagabend den Eindruck gewonnen, daß die Fraktion der Deutschnationalen Volks- partei keinen entscheidenden Wert auf die Führung bei der Regie- rungsbildung legte, vielmehr mit der Ratschlag eines Mitglieders der Deutschen Volkspartei oder des Zentrums einverstanden war. Im übrigen darf ich ausdrücklich darauf hinweisen, daß ich mit Herrn Abgeordneten von Kardorff, der mit von den Fraktions- leitungen der Deutschen Volkspartei, des Zen- trums und der Demokraten für die Regie- rungsbildung in Vorhag gebracht wurde, übereingekommen war, der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei zwei wichtige Ressorts zur Verfügung durch Männer ihres Vertrauens anzu- bieten. Die Auffassung, daß jede Hinaus- schiebung einer Kabinettbildung die Interessen des Reiches schädigt, teile ich durchaus; nach- dem mein Versuch, ein überparteiliches Ka- binett, das von allen bürgerlichen Par- teien getragen werden sollte, zu berufen, miß- lungen war, habe ich alles getan, was in meiner Möglichkeit lag, um die im Reichstag geführten Verhandlungsverhandlungen der bürgerlichen Parteien zu beschleunigen. Diese Verhandlungen sind, wie Sie wissen, ge- scheitert. Darauf habe ich heute nachmittag Herrn Reichstagsabgeordneten Senatspräsi- denten Marx mit der Bildung einer Regierung beauftragt, die von den Mittelparteien ge- tragen wird.

In ausgezeichneter Hochachtung
ges. Ebert, Reichspräsident.

Der Beschluß des Zentrums.

Die Zentrumsfraktion des preußischen Land- tages trat Donnerstag vormittag zu einer Sitzung zusammen, um sich mit dem von den Deutschnationalen gestellten Antrag auf Auf- lösung der großen Koalition in Preußen zu befassen. Folgender Beschluß wurde ein- stimmig gefaßt:

„Nachdem alle anderen Versuche zur Bil- dung eines Reichskabinetts gescheitert sind, er- kennt die preussische Landtagsfraktion den Ver- such, ein Reichskabinett unter Hin- ausziehung der Deutschnationalen

Volkspartei zu bilden, als richtig an. Sie sieht aber einen sachlichen Grund als nicht gegeben, in der preussischen Re- gierung deshalb jetzt eine Aenderung eintreten zu lassen. Die Entwicklung der Ver- hältnisse im Reich ist abzuwarten.“

Diesem Standpunkt haben sich auch die übrigen bürgerlichen Fraktionen in Preußen angeschlossen.

Abschiedsbrief des Reichsfinanz- ministers.

„Die Verantwortung ist nicht mehr zu tragen.“ Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hat an den Reichspräsidenten folgenden Brief gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichspräsident! Nach- dem der Reichsregierung am vorigen Freitag durch den Reichstag das Vertrauen verweigert war und sie daraus die verfassungsmäßige Folge ihres Rücktritts gezogen hatte, sind die Mitglieder der zurückgetretenen Reichsregie- rung von Ihnen ersucht worden, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiter zu führen. Ich bitte Sie, mich von der Weiterführung der Geschäfte nur- mehr zu entbinden. Der Grund für diese meine Bitte liegt darin, daß angesichts der tatsächlichen finanziellen Verhältnisse des Reiches jetzt Entscheidungen getroffen werden müssen, die von einer nur ge- schäftsführenden Reichsregierung und einem nur geschäftsführenden Reichsfinanzminister nicht getrof- fen werden können, weil es sich um Entscheidungen von höchster politischer Trag- weite handelt. Besonders der Zeitpunkt, an dem die für das befehligte Gebiet zur Fortführung der Erwerbslosenfürsorge und Weiterleitung einiger anderer Zahlungen aus- geworfenen 100 Millionen Rentenmark erschöpft sind, rückt so nahe heran, daß

nur eine verantwortliche Reichsregierung

die erforderlichen Entschlüsse fassen kann. Durch den seitens des Reichstages herbeigeführ- ten Austritt der Reichsregierung sind alle vorbereitenden außen- und innenpoli- tischen Schritte zur Regelung dieser über- aus wichtigen, ihrem Wesen nach nur politisch zu lösenden Fragen ins Stocken gekom- men. Auch die Zahlungen für die Wohnungs- miete, die überaus hoch sind, laufen während dieser ganzen Zeit ohne Deckung durch den Ubergangshaushalt weiter, während die ver- triftigen sofortigen Tage gerade dazu hätten dienen müssen, je nach den Richtlinien der Politik Verhandlungen oder andere Schritte auf diesem Wege einzuleiten. All diese Ver- änderung bedeutet obenstehend für das befehligte Gebiet eine Fortdauer des bisherigen Zu- standes der Unklarheit über das Ausmaß der Leistungen, die das Reich angesichts seines finanziellen Zusammenbruchs überhaupt noch bewirken kann. Das befehligte Gebiet hat aber ganz gewiß ein Recht auf Klarheit.“

Für das finanzielle Weiterleben des Reiches, wenn auch auf schmalerer Grundlage, ist es fern von entscheidender Be- deutung, daß im Monat Dezember bereits nennenswerte neue Einnahmen fließen. Die sachlichen Vorbereitungen für solche Ein- nahmestreibungen sind, besonders auch durch Verhandlungen in den Reichstagsausschüssen, zum Abschluß gebracht. Der nunmehr drin- gendst notwendige Entschluß über die weitere politische Behandlung der Angelegenheit kann aber nicht gefaßt werden, weil eine poli- tisch verantwortliche Regierung nicht vorhanden ist. Auch alle Maß- nahmen zur Ausgabebeschränkung, die eben- dringend sind, erlangen bei der erforderlichen